

## **Eklat im Schulausschuss: CDU und FDP für Sekundarschule - SPD, Grüne und FWG verlassen den Ratssaal**

Quo vadis Warendorf: Vergiftete Stimmung gestern Abend im Schulausschuss. Es kam zum Eklat: CDU und FDP setzten sich über das Votum der pädagogischen Bildungskonferenz für eine Gesamtschule hinweg und beauftragten die Verwaltung, eine Sekundarschule vorzubereiten. SPD, Grüne und FWG, die eine Gesamtschule favorisieren, verließen den Ratssaal.

Warendorf - Die Sitzung barg eine Menge Zündstoff und warf wahrlich kein rühmliches Bild auf Warendorfs derzeitige politische Debatte in Sachen neue Schulwege. Nach gut zweieinhalb Stunden quälender Debatten über Formalien und einem zum Teil in den persönlichen Bereich gehenden Schlagabtausch mit Argumenten für oder gegen eine Gesamt- oder eine Sekundarschule, verließen SPD (3), Grüne (2) und FWG (2) um 20.45 Uhr geschlossen den Ratssaal. Vergiftete Stimmung im Schulausschuss.

Verdutzte Gesichter bei den verbleibenden sechs CDU- und zwei FDP-Vertretern, fragende Blicke an die Verwaltung, ob der Schulausschuss weiter beschlussfähig sei. Kurzes Achselzucken, dann klares „Ja“ von der Verwaltung. CDU und FDP, die die Mehrheit im Ausschuss haben, beauftragten die Verwaltung, eine Sekundarschule für Warendorf vorzubereiten. Eine endgültige Entscheidung soll in der Ratssitzung am 16. Dezember fallen. Dem vorgeschoben ist eine Sondersitzung des Schulausschusses, zu der dann das Ergebnis der Elternbefragung vorliegen soll.

Keineswegs kommentarlos nahmen die zahlreich zur Sitzung erschienenen Vertreter der Warendorfer Schulen dieses Ergebnis zur Kenntnis: „Von Armutszeugnis“ bis „unfassbar“ reichten die Kommentare. Dr. Karin Meendermann, Sprecherin der Schulleitungen der Stadt, hatte zuvor das Votum aus der pädagogischen Bildungskonferenz mitgebracht: Mit zwölf Ja, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung spricht sich die Mehrheit der Schulleiter für eine Gesamtschule in Warendorf aus. CDU und FDP setzten sich gemeinsam über dieses Votum hinweg, favorisieren die Sekundarschule, die ohne Oberstufe auskommt. SPD, Grüne und FWG sehen dagegen in einer Gesamtschule mit Oberstufe die besseren Chancen für den Schulstandort Warendorf.

„Hier geht es nicht um ein pädagogisches Konzept, sondern allein um Systemerhaltung“, warf Holger Kubitza dem CDU-Ratsmitglied und zugleich Konrektor des Augustin Wibbelt Gymnasium, Martin Schulte, vor. Dessen Rektor Hubert Post hatte zuvor zugegeben, gegen die Mehrheit der Schulleiter und somit gegen eine Gesamtschule gestimmt zu haben. Und Post holte zu einem Rundumschlag auf die Arbeit der pädagogischen Bildungskonferenz aus, die seiner Auffassung nach nur in Richtung Gesamtschule gearbeitet habe. Diese Kritik wies Erster Beigeordneter Dr. Martin Thorman energisch zurück und warf wiederum Post vor, bei den Sitzungen gar nicht dabei gewesen zu sein. Die gegenseitigen Vorwürfe zogen sich wie ein Ping-Pong-Spiel durch die Sitzung. Vor allem Martin Schulte bekam immer wieder sein Fett weg. „Befangenheit“ warf ihm SPD-Ratsherr Dr. Erich Tertilt vor. Und Thomas Lins (Grüne) sagte wörtlich: „Was Sie betreiben ist Schulstandort-Harakiri.“

Da half auch nicht, dass die CDU-Vertreter immer wieder beteuerten, dass sie nichts gegen eine Gesamtschule ohne Oberstufe hätten. Die Sekundarschule arbeite übrigens wie eine Gesamtschule.

„Wovor haben sie Angst?“ fragte SDPD-Ratsherr Peter Marberg in Richtung CDU und stellte den Elternwillen bei der Frage nach einer neuen Schulform an die erste Stelle. Denn jetzt einen Entschluss zu fassen, ohne die Eltern zuvor befragt zu haben, sei absurd. CDU und FDP vermochten dem nicht zu folgen, Ausschuss und Rat seien die Entscheidungsträger, nicht die Eltern. In diesem Fall eine kleine Klientel von Eltern über Warendorfs Schullandschaft entscheiden zu lassen, wäre ein absolutes Novum und mit der Ratsarbeit nicht mehr zu vertreten, zitierte Dr. Beate Janinhoff ihren FDP-Chef Dr. Hans-Günther Schöler. Und Janinhoff fügte hinzu: „Wie sollen die Eltern der künftigen Dritt- und Viertklässler den Unterschied zwischen den beiden Schulformen begreifen, wenn wir es nur schwerlich können.“

„Der Elternwille gehört zu einer qualitätsvollen Entscheidung dazu“, mahnte Bürgermeister Jochen Walter. Die Verwaltung hatte sich in ihrer Vorlage klar für eine Gesamtschule positioniert. Thormann musste sich deshalb den Vorwurf einer „tendenziösen Vorlage“ gefallen lassen. Mit Objektivität hätte dieses nicht mehr zu tun. Bei der Sekundarschule als einer „Restschule“ zu sprechen, bezeichnete die CDU als „unfair und diffamierend“. Ihre Meinung nach ist nach dem ganzen Hin und Her eine neutrale Vorstellung beider Schulsysteme nicht mehr möglich.

Am Ende dann der Versuch einer Annäherung: Die Eltern der Warendorfer Dritt- und Viertklässler sollen nach den Herbstferien zur Gesamt- beziehungsweise Sekundarschule befragt werden. Wie genau der Fragebogen aussieht, soll noch geklärt werden. Ferner sollen die Eltern in vier Informationsveranstaltungen neutral und objektiv über die zwei Schulformen informiert werden. Für eine Sekundarstufe müssten mindestens 75 Eltern ihren Willen bekunden, für eine Gesamtschule mindestens 100.